

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 2.

Leipzig, den 9. Januar.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließl. Bringerlohn 12½ Rgr.; einzelne Nummern 1 Rgr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grellmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Die Leipziger Polizei und das sächsische Vereinsgesetz. — An die Redaktion des „Demokratischen Wochenblatts“. — Aus England. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. — Anzeige. — Beilage: Die indirekten Steuern und der Arbeitersozialismus. — Die Schneidererei in London oder der Kampf des großen und des kleinen Kapitals. — Vermischtes. — Anzeigen.

## Politische Uebersicht.

Die (amtliche) preussische „Provinzialkorrespondenz“ geht in ihrer Jahrsübersicht ein, daß die Bismarck'sche Politik im verfloffenen Jahr keinen Schritt vorwärts gemacht hat. Ebenso kleinlaut sind die Jahresberichte der nationalliberalen Presse. Nur die demokratischen Blätter haben Erfolge zu verzeichnen. Während der Bismarck'schen Politik der Nimbus des Liberalismus nach Innen und der Macht nach Außen abgestreift wurde; während die Nationalliberalen nichts aufzuweisen haben, als getäuschte Hoffnungen und die Spuren „realpolitischer“ Fußtritte, hat die demokratische Partei sich in allen Theilen des deutschen Vaterlandes organisiert, so daß sie stolzaufgerichteten Hauptes ihren Gegnern in's Auge blicken kann. Sie wird von nun an mitweben am „Webstuhl der Zeit.“

Beim Neujahrsempfang in den Tuileries hat Bonaparte friedlich geredet, und die alte rheumatische Jungfer — nicht Jungfrau — Europa athmet wieder etwas freier auf, bis es ihr einfallen wird, daß, wer heutzutage in unserer spießbürgerlichen Welt den Krieg im Herzen hat, den Frieden im Mund führen muß. Der Zusammentritt der Conferenz „soll“ gesichert sein, und zwar schon für die nächsten Tage. Ist das wahr, so wäre die beste Gelegenheit da, um die unheilbare Differenz (Verschiedenheit der Interessen) der europäischen Staaten recht klar an den Tag zu bringen. Rußland will die Türkei erobern, und die Türkei will nicht erobert sein! Das ist die orientalische Frage. Preußen hat als unterthänigster, großmächtigster Vasalle mit Rußland durch Dick und Dünn zu gehen. Oesterreich, dessen Existenz von dem Fortbestand der Türkei abhängt, steht auf Seiten der Türkei; ebenso Frankreich, das nach der Herrschaft im mittelländischen Meer strebt, und durch das Gelingen der russischen Pläne seine Stellung in Europa verlieren würde. England ist gleichfalls gegen die russischen Bestrebungen, die seinen Welthandel und sein indisches Reich bedrohen. „Gelöst“ kann die orientalische Frage nur werden, indem Rußland entweder die Türkei verschlingt, oder das Erobererhandwerk für immer gelegt bekommt. Eine dritte Lösung giebt's nicht. Ein diplomatischer Ausgleich ist einfach unmöglich. Die orientalische Frage ist eine Machtfrage und kann bloß auf dem

Schlachtfeld zur Erledigung gelangen. Es fragt sich nur: wird die Entscheidung schon jetzt erfolgen, oder erst später? Was Rußland betrifft, so scheint es eine Verzögerung zu wünschen; sein Eisenbahnnetz ist erst in 2 Jahren fertig, und vorher kann es seine Militärkräfte nicht frei und voll entfalten. Dagegen liegt es offenbar im Interesse der Türkei, Oesterreichs und Frankreichs — von England ist vorläufig noch keine bewaffnete Einmischung zu erwarten —, Rußland nicht die Zeit zur Vollendung seiner Rüstungen zu gestatten. Die Türkei wird natürlich nicht auf eigne Faust den Krieg an Rußland erklären — sie ist wohl stark in der Vertheidigung aber schwach im Angriff; Oesterreich hat im Innern noch mancherlei zu ordnen, und also Gründe für einen kurzen Aufschub. Aber Frankreich? Das heißt der französische Kaiser? Wenn er, wie allgemein geglaubt wird, zu seiner Selbsterhaltung eines Kriegs bedarf, wird er sich den so schön geborenen Anlaß entschlüpfen lassen?

Inzwischen handeln die Türken, und sie würden es schwerlich thun, hätten sie nicht eine Rückendeckung. Sie haben bedeutende Truppenmassen an der Donau und an der griechischen Grenze zusammengezogen, und auf der Insel Candia die Ueberreste der griechisch-russischen Räuber, genannt „Freischärler“ oder „Freiheitskämpfer“ gefangen. Auch zur See entwickeln sie lobenswerthe Energie und haben neuerdings ein griechisches Piratenschiff, das ihnen weiland viel Schaden zugefügt, sicher in einen Hasen eingesperrt.

Gar lebendig ist es wieder in Rumänien, und dieser Tage hatten die armen Preußen das Unglück, daß ihnen abermals ein dorthin abgeandter Kanonentransport trotz der pfliffigen Verpackung und der verlognen Deklaration von den österreichischen Zollbeamten abgefaßt wurde. Gerade friedlich ist's ferner nicht, daß die preussische Presse den Föderkrieg gegen Oesterreich mit verdoppelter Wuth aufgenommen hat. Genau wie vor dem 66er Krieg. Nur, daß die Verhältnisse sich seitdem wesentlich verändert haben. Heute ist Oesterreich unendlich stärker im Innern; von Italien, das ihm 1866 feindlich gegenüberstand und es seine Macht zu theilen zwang, hat es nichts mehr zu befürchten, und Frankreich, dessen Neutralität damals die preussische Aktion (das Handeln) ermöglichte, ist nun Oesterreichs Bundesgenosse.

Das Fischweibergeschimpfe der preussischen Goldschreiber auf Oesterreich hat übrigens nicht einmal das Verdienst der Keckheit. Man weiß in Berlin, daß Oesterreich den Krieg nicht beginnen wird, und greift es bloß deshalb so tapfer — auf dem Papier — an, weil man die kolossale Feigheit gegenüber den unerschämten französischen Herausforderungen verdecken will. Muthig, wo keine Gefahr ist, und lammfromm,

oder „mächtig“ — um Bismarck's Ausdruck zu gebrauchen —, wo ein kampflustiger Feind frech mit dem Degen herumsuchtelt.

Dem Dresdner „Bulletin International“ wird aus Berlin gemeldet, das Schutz- und Trugbündniß zwischen Preußen und Rußland sei unterzeichnet, und die Unterhandlungen zwischen Preußen und Italien wären im Gange. Es kann sich hier nur um einen, zu ganz bestimmten Zwecken abgeschlossenen Bündnißvertrag zwischen Rußland und Preußen handeln, denn verbündet sind beide Staaten mit sehr seltenen und kurzen Unterbrechungen seit das moderne Preußen besteht. Die Verhandlungen mit Italien anlangend, so haben wir Grund zu der Annahme, daß dieselben vollständig gescheitert sind.

Herr Brasch von der „Norddeutschen“ (Bismarck's Leiborgan) giebt jetzt zu, daß die preussische Regierung unmittelbar nach Bekanntwerden der Usedom'schen Note bei Hrn. v. Beust Entschuldigungsversuche gemacht habe, die jedoch sehr kühl zurückgewiesen wurden. Bisher hatte Herr Brasch es hartnäckig geleugnet. Das Lügen ist nicht so leicht, Herr Brasch!

Die württembergische Adressdebatte ist ergebnislos verlaufen — wie dieß bei Adressdebatten häufig zu geschehen pflegt. In Folge der plötzlichen Schwentung eines Theils der sogenannten „großdeutschen Demokraten“ wurden am Adressentwurf Veränderungen angebracht, welche ihn so abschwächten, daß einige der entschiedensten Mitglieder der Volkspartei sich verpflichtet hielten, gegen die Adresse überhaupt zu stimmen, wodurch dieselbe zu Fall kam. Bei dieser Gelegenheit hat es sich herausgestellt, daß die „großdeutschen Demokraten“ in Württemberg diesen Namen durchaus nicht verdienen. „Sie fragen im „Demokratischen Wochenblatt“, schreibt man uns aus Stuttgart, „was der Unterschied zwischen den großdeutschen Demokraten und den Volksparteimännern in Schwaben ist? Erstere sind „Wilde“, die sich der Partei nicht anschließen, auch meistens keine wirklichen Demokraten — höchstens großdeutsches Centrum — und unberechenbar.“ Also, sagen wir, nenne man sie nicht mehr „großdeutsche Demokraten“, denn das giebt zu Irrungen Anlaß.

Auf den 6. dieses Monats ist nach Stuttgart eine Landesversammlung der Volkspartei berufen, um „über den Berner Friedenscongress, die jüngsten Kammervorgänge und die der Kammer zu machenden Vorlagen zu berathen.“ Jedenfalls thut es noth, daß die Volkspartei der Regierung gegenüber sich zu energischem Handeln zusammenschließt, und namentlich in Sachen der preussischen Militärverträge aus der Abwehr zum Angriff übergeht. Herr von Barmbüler liebäugelt wieder in bedenklicher Weise mit dem Berliner Cabinet, und was für ein Wind am württembergischen Hof weht, erhellt aus dem Umstand, daß der Thronfolger, Prinz Friedrich, in die preussische Armee eintreten soll. Lieber preussisch als demokratisch! ist die Losung. Nur die äußersterse Anstrengung der Demokratie kann die Verpreußung hindern. Mit Genugthuung haben wir zu erwähnen, daß sämtliche Arbeitervereine Württemberg's, welche das Nürnberger Programm angenommen haben, zur Besichtigung der Landesversammlung eingeladen worden sind.

Von preussischer Seite ist der Vorschlag zu einem Vertrage gemacht worden, welcher die dienstpflchtigen Badener zur Ableistung ihrer Militärpflcht in preussischen Regimentern befähigt. Da Bonaparte den Finger erhoben hat, wird's wohl unterbleiben. Bezeichnend ist der Plan aber. Die Preußen verfolgen hier die Politik der alten Römer, die kriegsgefangene oder durch allerlei Versprechungen angelockte junge Germanen in ihre Armee setzten, wo unter der strammen Disziplin und bei dem kunstvoll gepflegten kriegerischen Geist die Erinnerung

an Freiheit, Ehre und Vaterland den Meisten abhanden kam, und viele der naturwüchsigten Söhne des unbezwungenen Deutschland zu so guten Römern umgedrückt wurden, daß sie, wie jener preussische Soldat sich in den Märztagen des „tolten“ Jahrs 1848 rühmte, „gern“ auf Vater, Mutter und Bruder losließen. Das Mittel war recht schlau, half aber schließlich doch nichts. Auch Rom mußte fallen, und Rom war noch ein Bischof „mächtiger“ als Preußen.

Man schreibt uns: „Das Parteigetriebe in Bayern hat in letzterer Zeit einen etwas veränderten Anstrich bekommen. Zuvörderst ist zu constatiren, daß der Nationalliberalismus in eben dem Grade im Sinken begriffen ist, als die preussischen Erfolge zu schwinden beginnen. Insbesondere hat auch das zu unüberlegt reactionäre Gebahren der preussischen Minister viele Angehörige besagter Partei wankelmüthig und flüchtig gemacht, so daß es nur sehr Wenigen mehr mit dem Eintritt in den Nordbund ernst ist. Dagegen ist die Gothareei\*) sich bezüglich der Behandlung innerer Fragen vollständig treu geblieben, indem sie nach wie vor in liberalen Phrasen macht, in der That aber sich mit Halbheiten begnügt und in der Regel über das, was das preußenfreundliche Ministerium bietet, nicht hinaus geht. Die wahren Volkstreunde können daher mit dieser Partei trotz wiederholter Aufforderung nicht gehen und gehen auch nicht mit ihr, sie finden vielmehr den Kampf gegen die Gothareei mehr am Plage als den gegen die Ultramontanen, welche nicht so gefährlich und unüberwindlich sind, als die Nationalliberalen uns weiß machen möchten. Die Hauptgefahr liegt im Nationalliberalismus, dann erst kommen die Ultramontanen. — Die Volkspartei gewinnt immer mehr Boden. Ist die Zahl derer schon ansehnlich, welche ausgesprochene Mitglieder der gut organisirten Partei sind, so hat sie noch unzählige Gesinnungsgenossen unter dem Kern des Volkes, welche bei herantretender Gelegenheit sicher für des Volkes Sache einstehen werden.“

Zwischen der Mittelpartei, die sich erst organisiert hat, und dem Nationalliberalismus besteht auch nicht mehr der geringste Unterschied, sobald man in Rechnung zieht, daß Letzterer vorläufig den Eintritt in den Nordbund wenig betreibt. Liberale Schönrederei und Scheinliberalismus ohne allen Ernst und jede Thatkraft sind die charakteristischen Zeichen beider Parteien, bei der einen etwas mehr, bei der andern etwas weniger. Beide stützen auch das gegenwärtige Ministerium.“

Aus Griechenland war an Garibaldi der Ruf ergangen, er solle den Oberbefehl über die griechischen „Freischaaren“ übernehmen. Garibaldi hat indeß klüglich abgelehnt, und wir wollen hoffen, daß sich die demokratische Jugend Italiens von diesem russisch-preussischen Schwindel fernhalte. Sie sollte an Kandia genug haben.

Die spanische Regierung verfolgt die niederträchtig-schlaue Taktik, die republikanischen Städte, eine nach der andern, durch ein Entwaffnungsdekret zum Kampf zu treiben und dann niederzuwerfen. So wird die Revolution im Detail (in getrennten Abtheilungen) geschlagen. Bis jetzt ist das insame Spiel geglückt: erst in Cadix, dann in Sevilla und zuletzt in Malaga, wo ein furchtbares Gemetzel statt hatte. Nun sind nur noch Barcelona und Madrid unbesiegt. In Madrid herrscht unter den Republikanern leider die gefährliche Redekrankheit: am 28. Dezember schworen sie in einer großen Volksversammlung der Republik Treue, schworen, sich nicht entwaffnen zu lassen, schworen, sich „von nun an“ allen Angriffen der Regierung auf die Freiheit zu widersetzen:

\*) gleichbedeutend mit Nationalliberalismus.

und als Einige meinten, dann müsse man sich sofort „widerlegen“, da die Freiheiten längst angegriffen seien, wurde die auflodernde Thatkraft mit dem beliebten Phrasenzuckerwasser ausgelöscht. Barcelona, die Stadt der Helden, wird ihre Pflicht thun, aber was vermag die Gine?

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat eine Gesetzbillie angenommen, derzufolge in den Gehältern von Frauen und Männern, die im Dienst der Vereinigten Staaten stehen, künftighin kein Unterschied sein soll. Damit ist eine der wichtigsten Forderungen des New-Yorker Arbeiterkongresses vom Staat prinzipiell anerkannt. Nur wenn das arbeitende Weib dem arbeitenden Mann im Lohn völlig gleichgestellt ist, hört die Frau auf, die Konkurrentin des Mannes zu sein, hört die Frauenarbeit auf, ein Werkzeug der Unterdrückung in der Faust des Kapitals, und eine Quelle der sittlichen Verkommenheit zu sein.

Wie in der letzten Nummer noch angedeutet ward, haben die Färber in Basel die Arbeit eingestellt. Sie wurden zu diesem Schritt durch die Meister gezwungen, welche von ihnen verlangten, daß sie aus der Internationalen Arbeiter-Assoziation austreten sollten! Wir verweisen auf den Aufruf des Vororts, und zweifeln nicht, daß die Arbeiter Deutschlands ihre Schuldigkeit thun werden.

Mit dem ersten Januar d. J. ist dahier die zweite deutsche Genossenschafts-Buchdruckerei unter dem Namen „Leipziger Vereinsbuchdruckerei“, ins Leben getreten. Von unsern Parteigenossen erwarten wir, daß sie dieses Unternehmen, dessen Gründer den höchsten Opfern bewährt haben, und dessen Leiter sich durch die tüchtigste Geschäftskenninisz auszeichnen, nach Möglichkeit unterstützen werden.

In dem Prospektus heißt es:

„Dieses Unternehmen, seiner Form und seinem Wesen nach auf dem freien Genossenschaftsprinzip beruhend, verdankt seine eigentliche Entstehung dem hiesigen „Fortbildungsverein für Buchdrucker und Schriftgießer“. Haben dessen Mitglieder bereits vor sechs Jahren durch die Gründung einer Wochenchrift (des unsern Lesern bekannten „Correspondent“) zur Verbesserung technischer und sozialer Fragen, sowie durch die Pflege sonstiger gemeinnütziger Institutionen den Beweis geliefert, welchen wohlthätigen Einfluß das Vereinswesen auf die Theilnehmenden auszuüben vermag, so dürfte es nicht auffällig erscheinen, wenn besonders die gewerbliche Association, nebst dem immer mehr sich Bahn brechenden Princip der Selbsthilfe und Selbstbestimmung, allenthalben Anklang fand. Nach reiflicher Erwägung der Erfolge der verschiedenen Genossenschaften wurde unter reger Theilnehmung der Mitglieder zur Gründung der Vereinsbuchdruckerei geschritten.“

Die Unternehmer glauben sich zu der Hoffnung berechtigt, durch Thatkraft und Sparsamkeit nicht nur in materieller Hinsicht eine bessere Stellung zu erringen, sondern auch die Liebe zum eigenen Berufe zu hegen und zu pflegen, das Selbstgefühl zu wecken, die Achtung Anderer zu erwerben und Sittlichkeit, Bildung und ernstes Streben unter den Arbeitern überhaupt zu fördern.

Um dieses Ziel zu erreichen, richten wir an alle Freunde und Beförderer der Arbeiterangelegenheiten, sowie an die Vorsteher der verschiedenen Arbeitervereine und Corporationen die ergebenste Bitte, mit Aufträgen von Druckerarbeiten uns zu beehren und zu unterstützen. Zu besonderer Freude würde es

uns gereichen, wenn unsere Mitgenossen, die Gewerksgehilfen, es von jezt an sich zur Ehrensache machten, die in ihren Kreisen nöthig werdenden Druckfachen unserem mit großen Opfern gegründeten Geschäfte übertragen zu wollen. Jede Arbeit, auch die kleinste, gilt uns als eine Anerkennung und Förderung der gemeinsamen Arbeiterinteressen.“

Die Aktien der Vereinsdruckerei belaufen sich auf je 10 Thlr. Vorsitzender der Genossenschaft ist Bernh. Meerstedt, Geschäftsführer F. A. Frauendorf. Das Geschäftslokal befindet sich Elisenstr. 28.

## Die Leipziger Polizei und das sächsische Vereinsgesetz.

Unsere Bemerkungen über das Verfahren der Leipziger Polizei gegen die hiesige Metallarbeiterschaft (in voriger Nummer) haben folgenden, den halbamtlichen, wo nicht amtlichen, Ursprung verrathenden Artikel in Nr. 3 des „Leipziger Tageblatt“ hervorgerufen:

„Leipzig, 2. Januar. Für den 27. Dezember vorigen Jahres war eine Versammlung „sämtlicher Metallarbeiter“ angekündigt, in welcher die Wahl eines Vorstandes eines Vereins vorgenommen werden sollte, der sich der „allgemeinen deutschen vereinigten Metall-Arbeiterschaft“ anschließen wollte. Es war zu diesem Behufe dem Polizeiamte ein Statut, gedruckt in Hannover, vorgelegt worden, worin sich die Bemerkung ohne Namensnennung befindet, daß der Verein, an welchen der hiesige Verein sich anschließen wollte, seinen Sitz in Berlin habe. In dem Statut wird der Lokalverein verpflichtet, für jedes Mitglied pro Woche den vom Gesamtverbande bestimmten Geldbeitrag vierteljährlich an das ungenannte „Verbandspräsidium“ einzusenden und dem Verbande Rechnung abzulegen. Ferner: „Die Arbeiterschaft unterwirft sich den Beschlüssen des Gewerkschaftsverbandes, welche dieser durch seine Organe in Gemäßheit der Statuten faßt.“ Diese Umstände bezeichnen den hier zu begründenden Verein als einen Zweigverein eines anderen Vereins, welcher sich auf öffentliche Angelegenheiten um so mehr bezieht, als das Präsidium und der Ausschuß nach dem Statute die Berechtigung haben, wegen Arbeitseinstellung Anordnung zu treffen. Derartige Vereine verbietet das sächsische Vereinsgesetz und diesem gemäß wurde das Abhalten der Versammlung polizeilich untersagt. Das hier erscheinende „Demokratische Wochenblatt“ denunziert nun der Polizeibehörde, daß hier ein Buchdruckerverein, allgemeiner deutscher Schneider- und allgemeiner deutscher Cigarrenarbeiterverein existiren, welche in gleicher Weise gegen das Vereinsgesetz verstoßen, wie die Metallarbeiter beabsichtigt haben. Diese Denunziation wird zwar die den Metallarbeitern ertheilte Resolution nicht ändern, wohl aber vielleicht zur Folge haben, daß die Verhältnisse der denunzirten Vereine näher erörtert werden. Den Zweifel, ob das Polizeiamt die Berechtigung habe, so zu handeln, wie es hinsichtlich der beabsichtigten Versammlung der Metallarbeiter gethan, kann das „Demokratische Wochenblatt“ leicht beseitigen, wenn es von dem Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen vom Jahre 1850 Seite 270 Einsicht nimmt. Dasselbe heißt es: „Unter den im Gesetze erwähnten öffentlichen Angelegenheiten sind namentlich diejenigen zu verstehen, welche die Politik, Religion, Einrichtungen des Staats, der Kirche und Schule, des Gemeindefwesens, Handel und Gewerbe, Beförderung gewisser Richtungen des Volkslebens und andere ähnliche Gegenstände des öffentlichen Lebens betreffen.“

Wir richteten sofort an das „Tagblatt“ folgende

## Erklärung.

Die Sonntagsnummer (Nr. 3.) des „Tageblatt“ bringt einen Artikel gegen das „Dem. Wochenblatt“, in welchem dieses beschuldigt wird, drei hiesige Vereine: den Buchdrucker-, Cigarrenmacher- und allgemeinen deutschen Schneiderverein „denunzirt“ zu haben. Der Artikel des „Demokratischen Wochenblatts“, welcher die „Denunziation“ enthalten soll, lautet:

(Folgt der betr. Artikel.)

Ueber den Sinn unseres Artikels kann kein Unbefangener in Zweifel sein. Wir fordern einfach Aufklärung des polizeilichen Vorgehens gegen die Metallarbeiterschaft. Allerdings „denunzirt“ der Artikel, aber nicht die genannten Vereine, sondern die Leipziger Polizei. Die genannten Vereine zu „denunziren“ blieb dem Verfasser des Tageblatt-Artikels vorbehalten.

Durch den angezogenen Paragraphen aus dem Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahr 1850 beleuchtet der Verfasser des Tageblattartikels auf das grellste den angeblich reformatorischen Charakter untrer Gesetzgebung, die auf der einen Seite aus dem Strafgesetzbuch Paragraphen entfernt, welche die Verbindungen der Arbeiter zum Behufe der Arbeitseinstellungen den härtesten Ausnahmegesetzen unterwerfen, und auf der anderen Seite doppelte und dreifache Handhaben zur Unterdrückung jeder freien Regung der Arbeiter darbietet.

Das Sächsische Vereinsgesetz, den finstersten Zeiten der Reaktion entsprungen, ist unstreitig eine Nonfinität; daß es Auslegungen zuläßt, nach denen jeder Verein, der mit einem anderen korrespondirt, — und welcher thäte es nicht? — aufgelöst werden kann, das wissen wir; allein wir wissen auch, daß das Vereinsgesetz seit dem Ende der 50er Jahre keine so reaktionäre Auslegung gefunden hat, als jetzt durch die „liberale“ Leipziger Polizei.

Was uns betrifft, so wollen wir keine „milde Praxis“, die nur das Sammpfötchen der Willkühr ist, und werden mit aller Kraft die Beseitigung des Vereinsgesetzes anstreben, wobei wir auf die kräftigste Unterstützung der, hauptsächlich interessirten Arbeiterklasse rechnen.

Wie das Vereinsgesetz aber auch ausgelegt werden möge, das Verfahren der Leipziger Polizei ist in keinem Fall zu rechtfertigen:

Wenn sie früher geseglich handelte, handelt sie jetzt ungeseglich;

Wenn sie jetzt geseglich handelt, handelte sie früher ungeseglich.

Wir überlassen es dem Verfasser des Tageblatt-Artikels, auf welches von den beiden Hörner dieses unbequemen Dilemma's er sich mit seinen polizeilichen Klienten (Collegen?) setzen will.

Leipzig, den 4. Januar 1869.

Die Red. des „Demokratischen Wochenblatts.“

Die Redaktion des „Tageblatts“ verweigerte die Aufnahme dieser „Erklärung“, so daß wir genöthigt waren, dieselbe als Inserat einzusenden. Ob sie in dieser Gestalt aufgenommen worden ist, wissen wir noch nicht. Jedenfalls werden wir die Sache nicht ruhen lassen. Wie der Leser im Vereinsheft sieht, hat die hiesige Polizei einen förmlichen Kreuzzug gegen die Arbeitervereine eröffnet. Diesem Zustand der Rechtlosigkeit, in dem die Arbeitervereine sich jetzt befinden, muß um jeden Preis ein Ende gemacht, das reaktionäre Vereinsgesetz muß beseitigt und ein neues Vereinsgesetz errungen werden, das der Arbeiterbewegung eine sichere gesetzliche Grundlage gewährt. Arbeiter! Steht zu uns!

## An die Redaktion des „Demokratischen Wochenblatts“.

Geehrter Freund. In Nr. 52 (Beilage) Ihres geschätzten Blattes lassen Sie mich auf dem Nürnberger Vereintage eine Ansicht vertreten, die in der gegebenen Fassung von mir abgewiesen werden muß. Ich soll nach Ihrem Berichte für „allgemeine Entwaffnung“ gesprochen haben und zwar als erste Forderung oder Bedingung eines wahren Volksstaates. Ich weiß wohl, daß Sie — wahrscheinlich in Folge Ihrer anderweitigen Beschäftigung — mich so verstanden hatten und gegen eine solche Auffassung sprachen; ich weiß aber auch, daß Sie mich wegen getheilter Aufmerksamkeit eben mißverstanden hatten. Dies persönliche Mißverständniß berichtigte ich damals nicht, weil ich einerseits gegen alle persönlichen Bemerkungen einen großen Widerwillen habe und andererseits die schon drängende Zeit für zu kostbar hielt. — Zweck und Ziel meiner wenigen gedrängten Worte war etwas ganz Anderes, als Sie denselben unterlegen, wie ich denn auch zwei ganz bestimmte (angenommene) Anträge stellte, die Sie zu erwähnen unterlassen haben. Auch ich will sie hier nicht weiter erwähnen, da ich doch bald einmal im „Felleisen“ darauf zurückkommen werde; es liegt mir aber daran, daß mir in der Hauptsache nichts Verkehrtes in der Presse zugeschoben wird. Sie werden daher so freundlich sein, meine Ansicht, die mit der Ihrigen genau zusammenfällt, aus dem Programm des „Felleisen“ aufzunehmen. Es heißt dort wörtlich nach der Forderung der „Beseitigung der stehenden Heere“ — ... „zur Erreichung . . . . erstreben wir die föderativ vereinigten Staaten von Europa, geschützt gegen barbarische Eroberungsvölker durch ächte Volkshere.“

In diesen kurz zusammengedrängten Worten ist meine Ansicht ausgesprochen, die, weiter entwickelt, mit der Ihrigen — wie gesagt — genau zusammentrifft.

Mit sozial-demokratischem Gruß

Zürich, den 2. Januar 1869.

Ihr

Aug. Ladendorf.

(Ein „Mißverständniß“ hatte bloß in Bezug auf die bei jener Gelegenheit zu Nürnberg gesprochenen Worte unseres Freundes statt; daß derselbe an keine Entwaffnung denkt, so lange es noch Feinde der Freiheit zu bekämpfen giebt, wußten wir damals so gut wie heute. Der Eindruck, als hätte der Red. d. Bl. gegen Ladendorf gesprochen, ist durch die stückweise Lieferung des Berichts im „Dem. Wochenbl.“ entstanden; der zusammengestellte Bericht, den der Vorort hat erscheinen lassen, läßt diese irriige Auffassung nicht zu. Und was die erwähnten Zusaganträge betrifft, so sind dieselben in Nr. 37 des „Demokr. Wochenblatts“ als angenommen abgedruckt, und selbstverständlich auch im Bericht des Vororts.)

D. Red.)

## Aus England.

London, den 27. Dezember.

(Schluß.)

Als Beispiel der weißen Weiberklaverei Folgen: des: In der Affoziation der arbeitenden Weiber zu New-York wurde kürzlich ein Damen-Mantel gezeigt, dessen Verschmürung dreißig Tage Arbeit gekostet, und an welchem hundert und achtzig Stränge Seide vernäht worden. Für jenen Mantel bezahlte eine große Firma im Broadway 12 Dollars, eine Summe, die den niedrigsten Lohn der Londoner Slop-arbeit\*) nicht übertrifft.

\*) Die fabrikmäßige, größtentheils von Frauen gefertigte Schneidarbeit.

Der gegenwärtig hier anwesende Gesandte der amerikanischen Regierung hat seit seiner Ankunft eine Reihe von Festmahlzeiten zu übersehen, so daß ihm kaum Zeit geblieben, seine Geschäfte abzumachen. Ueberall war er der Held des Tages, die internationale Verbrüderung, die ihm stets auf der Zunge schwebte, war ohne Ende. Die Streitpunkte zwischen dem amerikanischen Volke und der englischen Regierung waren auf dem besten Wege, auf die angenehmste und friedlichste Weise gelöst zu werden, und der englische Minister der auswärtigen Angelegenheiten war der beste Bursche von der Welt. Bei den verschiedenen Schmäusen „verbrüderete er sich“ mit bekannten Reaktionären, die hier in England während des amerikanischen Bürgerkriegs öffentlich gegen den Norden aufgetreten waren und im Geheimen für den Süden gearbeitet hatten. Um die Mode mitzumachen ließen sich einige Geden, die früher Arbeiter waren, heute aber als sozial-politische Stiefelpuzer im Solde der herrschenden Klasse stehen, verleiten, den großen Mann zu einen Arbeiter-Banquet einzuladen und er nahm auch die Einladung an. Das Gedenk sollte eine Guinea (= 7 Thaler) kosten, Parlamentsmitglieder wurden ebenfalls eingeladen. Als die Geschichte laut wurde, erregte sie hie und da Unwillen und die Herren Arbeiter entdeckten, daß man die Sache nicht ruhig hinnehmen würde, wenn sie sich vermessen sollten, im Namen der Londoner Arbeiter zu sprechen. Darauf hin, ließen sie sich herab, eine Versammlung von Delegirten verschiedener Arbeiter-Körperschaften zu berufen. In der Zwischenzeit kam die Nachricht, daß der amerikanische Kongreß sowohl wie der Senat beim Präsidenten darauf angetragen, den Bevollmächtigten zurück zu berufen! Dieses gab einen gewünschten Vorwand zur Abbestellung des Banquets, dessen Preis auf 4 Sh. 6 D. (= 1½ Thlr.) herabgesetzt worden war. Die Mehrzahl der Delegirten hatte darauf bestanden, daß die Londoner Arbeiter nicht durch die Person des gegenwärtigen Bevollmächtigten die Arbeiterklasse von Amerika beglückwünschen könnten. Der Gesandte (Reverdy Johnson), dem dies mitgeteilt wurde, bemerkte, die Parteipaltungen in Amerika gingen die englischen Arbeiter nichts an, er sei hier als Vertreter des amerikanischen Volkes. Aber der gute Mann vergißt, daß er von einem Präsidenten geschickt worden, der drei Jahre gegen die Vertreter des Volkes gekämpft und daß die amerikanischen Arbeiter selbst den Krieg gegen die dort herrschende Klasse erklärt haben.

London, den 30. Dezember 1868.

Adversity makes strange bed-fellows (das Mißgeschick bringt wunderliche Schlafgesellen zusammen), sagt das englische Sprüchwort. Die jüngsten politischen Ereignisse haben zu eben so wunderlichen Freundschafts-Beziehungen geführt. Als Vater William Penn, der Gründer einer religiösen Sekte, vor den König geführt wurde um ein Gesuch an ihn zu richten, schmähte ihn der König wegen seiner Ungeschliffenheit, weil er den Hut aufbehielt. „Ich trage meinen Hut vor Gott, warum nicht vor dir?“ antwortete der religiöse Eiferer. Hundert Jahre früher wäre eine ähnliche Vermesstheit mit dem Scheiterhaufen bestraft worden. Penns Besuch wurde bewilligt. Er hatte die Bibel anders gelesen als seine Zeitgenossen, und seine Schlüsse und Auslegungen über den christlichen Glauben liefen den 39 Glaubensartikeln der aristokratischen Staatskirche schnurstraks zuwider, wodurch er und seine Anhänger Verfolgungen ausgesetzt waren. Um diesen zu entgehen verlangte er eine Wohnstätte in der neuen Welt und ungehinderter Abzug für sich und seine Freunde. Es wurde bewilligt, und sie gründeten das heutige Pennsylvanien in Amerika. Dennoch ließ Penn im Mutterlande einen Kern seiner Sekte

zurück, die unter dem Namen Quäker (Zitterer) bekannt ist und sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Die Quäker verwerfen den Priesterstand. In ihren Gemeinde-Versammlungen warten sie, bis der heilige Geist irgend ein Mitglied inspirirt (begeistert) zu sprechen; die Inspiration (Einsfließung des heiligen Geistes) offenbart sich dadurch, daß das inspirirte Individuum zu zittern anfängt, wenn es der heilige Geist zum Sprechen auffordert. Daher werden sie „Zitterer“ genannt. Sie verwerfen ferner den Eid, den Krieg, und weigern sich Kirchensteuer zu zahlen. Um ihren Gewissenskrupeln keine Gewalt anzuthun und sich doch nicht gegen das Gesetz aufzulehnen, pflegten sie, wenn die Kirchensteuer-Exekutoren kamen, jederzeit alte Gold- und Silbersachen in deren Weg zu stellen, durch welche sich die Exekutoren bezahlt machten. Im gewöhnlichen Leben weigerten sie sich Leute zu betiteln, sie nannten Jedermann Du, und ließen nicht mit sich handeln. Arme Quäker giebt es nicht, aber die größten Kornwucherer der Neuzeit waren Quäker. Bis in die neueste Zeit hatten sie eine besondere Tracht, doch gehen sie heute nach der Mode. Da sie den Eid verwerfen, so konnten sie lang weder als Zeugen in Gerichtshöfen, noch zu öffentlichem Aemtern zugelassen werden. Erst in den letzten Jahrzehnten wurde das Gesetz in soweit gemildert, daß die einfache Betheuerung eines Quäkers an Eides statt gilt. Dadurch ward es möglich, daß Quäker ins Parlament gehen konnten. Diese wunderliche Sekte ist heute durch John Bright im Ministerium vertreten. John Bright ist Quäker, als Cabinetminister muß er häufig mit der Königin zusammen kommen, muß auf freundslichem Fuße mit ihr und sie mit ihm stehen.

Seit „Vater“ Penn haben sich Zeiten und Leute geändert. Die Quäker haben etwas Höflichkeit gelernt, sie können tituliren und den Hut abnehmen. Das königliche Blut ist auch geschmeidiger geworden. Das konstitutionelle Leben hat hier lange genug bestanden, um ein neues königliches Geschlecht zu erzeugen. Das alte Königsgeschlecht hatte einen Willen und zuweilen die Geschicklichkeit ihm Geltung zu verschaffen. Solche Könige taugen heute nichts mehr. Ein guter moderner konstitutioneller König darf keinen Willen haben und, wenn er einen hat, darf er ihn nicht äußern oder den Versuch machen, ihm Geltung zu verschaffen. Er muß geschmeidig sein und folgsam wie ein Pudel, nur da für wird ihm die Zivilliste verabfolgt: er muß der Pudel der herrschenden Parteien sein. Die Königin muß nächstens die Abschaffung der irischen Staatskirche ebenso freundlich sanktioniren (bestätigen) als sie während der letzten Session die Abschaffungsadresse erwartete. Nach den Gerüchten, welche die Tories über die königlichen Neigungen in Umlauf gebracht hatten, war das Publikum etwas gespannt auf das erste Zusammentreffen von John Bright und der Königin. Sie hat ihre Rolle gut gespielt. Sie pries sich glücklich, den großen Mann in den heiligen Hallen des Hofes zu sehen; sie sagte, sie habe alle seine Reden gelesen und sich sehr an ihrem Inhalte erbaut, und sie danke ihm für eine Bemerkung, die er kürzlich in einer öffentlichen Versammlung gegen die aristokratischen Zeitungen, welche ihre wittwenhafte Zurückgezogenheit tabelten, gemacht. Sie setzte dem Ganzen die Krone auf, indem sie dem „Recht Ehrenwerthen“ John Bright mit huldvoller Zuvoorkommenheit freigestellte, seine Huldigung nach seiner eigenen Quäkermanier zu bezeugen, statt wie gebräuchlich in knechtischer Untwürdigkeit niederzuknien und ihr die Hand zu küssen. So taktvoll dieses Betragen, so schlagend beweist der Umstand, daß es taktvoll ist, die Wichtigkeit des konstitutionellen Königthums als politische Institution. Erfüllt ein König seine konstitutionelle Pflicht, so ist er eine politische Null, seine Autorität ist überflüssig.

Läßt er sich nicht zur Null herab, so muß seine Autorität Aergerniß geben, kann daher nur Ruhestörung verursachen und dem allgemeinen Fortschritt hinderlich sein; in keinem Falle kann das konstitutionelle Königthum etwas Gutes bezwecken.

Die neuen Minister fangen an, ihre Reformforderungen mit andern Augen anzusehen als bisher. John Bright sagte seinen Wählern vor einigen Tagen, daß in Zukunft Fälle vorkommen würden, wo er, um die Einheit der Regierung nicht zu stören, über gewisse Fragen anders stimmen werde als er, ohne Minister zu sein, gestimmt haben würde. Bei solchen Gelegenheiten sollten sie aber ja nicht glauben, daß er seine Meinungen geändert, bis er ihnen selbst die Anzeige mache. Seine Grundzüge würden durch dergleichen Handlungen nicht beeinträchtigt, es sei eine zeitweilige Nachgiebigkeit, um die Einheit der Regierung aufrecht zu halten. Der „Morning Advertiser“ sagt in Betreff dieser Rede: „Wir erwarten nicht, daß sich Herr Bright schlafen legen wird, aber der allgemeine Ton seiner Rede war der eines Mannes, der am Hofe gewesen ist; ein Wechsel hat stattgefunden, den schon mancher Volksführer vor John Bright erfahren hat.“

Forster von Bradford, der vor der Wahl allgemeinen Volksunterricht und Schulzwang verlangte und jetzt zweiter Vorsitzender des Rathes ist, welcher das Schulwesen in Händen hat, sagte seinen Wählern, es sei der Gegenstand seines Lebens gewesen, dem Kinde des armen Mannes Schulbildung zu verschaffen, aber es sei eine Sache zu wünschen, daß das Werk ausgeführt werden solle und eine andere Sache, es auszuführen. Selbst wenn man Minister sei, könne man leichter sprechen als handeln. Gladstone sagte seinen Wählern, die Verminderung der Staatsgaben könne nur allmählig vor sich geben, die Ansprüche der gegenwärtig angestellten Staatsbeamten müßten berücksichtigt werden, d. h. mit andern Worten die überflüssigen Offiziere in der Marine, in der Armee und die überflüssigen Zivil-Beamten können nicht ohne Entschädigung verabschiedet werden. Aber warum entschädigt man die Tausende von Arbeitern nicht, die kürzlich aus den Regierungsschiffswerften aufs Pflaster geworfen wurden, zu einer Zeit, wo schon Tausende in der Nachbarschaft ohne Arbeit waren? Warum entschädigte man die Schneider nicht, die Jahre lang die Soldatenkleider gemacht hatten, als man anfing die Soldatenkleider mit Maschinen zu machen? Warum entschädigt man die hunderte von Soldaten-Schneidern nicht, die vor ungefähr zwei Monaten durch die Maschinen verdrängt wurden, um die Soldaten wohlfeiler zu machen? Wer denkt überhaupt daran, den Arbeiter zu entschädigen, wenn er nutzlos geworden ist? Soll der Arbeiter Steuern bezahlen, um Staatsbeamte zu entschädigen, die stets nutzlos waren? Schlechte Aussicht für John Bright's 10,000,000 Pf. St., sie werden verschwinden wie ein Nebelbild.

Die Baumwollen-Fabrikanten von Lancashire faßten vorigen Dienstag den Beschluß, vorläufig nur 30 Stunden die Woche zu arbeiten. Die Herrn Fabrikanten wollen das Rohmaterial wohlfeiler, die fabrizirten Waaren theurer machen. Was wird aus dem Arbeiter? Wird die große liberale Majorität seine Lage bessern? Nicht durch eine allmähliche Verminderung der Staatsausgaben.

Präsident Johnson berechnet, daß die Staatsgläubiger von Amerika jährlich einen Gewinn von 17 Prozent ziehen. Für jeden 100 Dollar-Schuldschein erhalten sie 6 Dollar Gold = 9 Prozent Papier, Zinsen. Legen sie ihre Scheine bei der Regierung nieder, so können sie durch die sogenannten Nationalbanken Banknoten zum gleichen Betrag ausgeben und wieder Zinsen beziehen, und überdies ist dieses Einkommen steuerfrei. Die republikanische Partei schlägt vor, die Staats-

gläubiger in Gold zu bezahlen und das zirkulirende Papiergeld durch Gold zu ersetzen. Dies sind die „Opfer,“ welche die Kapitalisten für die Union gebracht.

Die National-Labour-Union (Nationale Arbeiter-Genossenschaft) dagegen schlägt vor, daß nur derjenige Theil der Staatsschuld, der unter der Bedingung, in Gold zurück bezahlt zu werden, aufgenommen wurde, in Gold bezahlt werden soll, und daß die übrigen Staatsgläubiger die Wahl haben sollen ihre heutigen Schuldscheine gegen drei Prozent Zinsen tragende Obligationen oder gegen Regierungsnoten auszutauschen. Die National-Banken sollen abgeschafft und ihre Noten durch Regierungsnote ersetzt werden. Der Staat allein soll Papiergeld ausgeben und Bankgeschäfte treiben. Die Staatsgläubiger sollen jederzeit die Wahl haben, ihre Obligationen gegen Noten zu vertauschen. Wer mehr Noten hat als er braucht soll die Wahl haben, Obligationen zum gleichen Betrage dafür von der Regierung zu verlangen. Dadurch soll das Papiergeld gegen Entwerthung geschützt und das Börsenspiel mit Staatsschuldpapieren abgeschafft werden.

## Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

### Parteigenossen!

Raum hatten die Baseler Bandweber ihre gerechten Forderungen gegenüber ihren Arbeitgebern durchgesetzt und die Arbeit wieder aufgenommen, so sahen sich die Färber in Basel gezwungen die Arbeit einzustellen. Sie forderten eine mäßige Lohnerhöhung und einige Erleichterungen in Krankheitsfällen u. s. w. Die Arbeitgeber wiesen diese Forderungen nicht nur zurück, sie verlangten auch, daß ihre Arbeiter, die größtentheils der Internationalen Arbeiterassoziation angehören, aus derselben ausgeschieden sollten. Das wurde von Seiten der Arbeiter mit Entschiedenheit verweigert und veranlaßte sie, die Arbeit einzustellen. In Folge dessen sind über 300 Arbeiter auf die Unterstützung ihrer Brüder angewiesen. Ihre Hoffnung nicht zu Schanden werden zu lassen, ist unsere Pflicht. Ich fordere demnach alle Parteigenossen auf, unverzüglich Sammlungen in Vereinen, Versammlungen, Fabriken und Werkstätten zu veranstalten und den Ertrag derselben einzusenden an den Hauptvorstand der Sektionen der Internationalen Arbeiter-Association in Basel, Jos. H. Frey, Weiße Gasse 6.

Eile thut Noth — wer schnell giht, gibt doppelt.

Mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag

A. Bebel.

Es sind in der letzten Zeit häufig Anfragen an uns gerichtet worden um Auskunft über Consumvereine und andere genossenschaftliche Einrichtungen; wir bitten künftig diese Anfragen direkt an Herrn Ger mann, Karlstraße 6, Vorsitzenden der Centralstelle sächsischer Consumvereine, zu richten, der schnell und befriedigend Antwort ertheilen wird. — Die Vereine, welche noch mit Verbandsbeiträgen vom Jahrgang 1867—1868 im Rückstand sind, fordern wir auf, ihrer Verpflichtung bis spätestens Mitte dieses Monats nachzukommen, widrigenfalls wir mit der schon im betr. Circular angekündigten Veröffentlichung ihrer Namen vorgehen werden.

Den Beitrag haben neuerdings bezahlt: A. B. Rürnberg, A. B. B. München.

Leipzig, d. 6. Januar 1869.

Der Vorort.

Wien, den 5. Dezember. Vor einigen Tagen fand eine Zusammenkunft von Vertrauensmännern des Arbeiter-Vereins, des Buchdrucker-Fortbildungsvereins und des Bäckervereins statt, in welcher man sich zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Gewerks-

len schaftsfraße einige. Es bildete sich ein Comité, welches demnächst einen Arbeitertag einberufen wird, auf welchem eine Petition an den Reichsrath um Erlangung des Coalitionsrechtes und Beseitigung der Zwangs-genossenschaften vorgelegt werden soll. Nach diesem Arbeitertage sollen zahlreiche Genossenschafts-Versammlungen veranstaltet werden. Man glaubt darauf rechnen zu dürfen, daß die Arbeiter in den Provinzen dem Beispiele Wiens folgen werden.

**Eßlingen**, den 4. Januar. Für die bedrängten Brüder in Basel hat unser Verein eine Sammlung veranstaltet und ihnen zunächst 10 fl. verabsolgen lassen. Die Internationale Arbeiter-Assoziation hat bei uns große Sympathie. — Mittwoch den 6. Januar hält die schwäbische Volkspartei in Stuttgart ihre Landesversammlung ab; zum Besuch derselben sind auch alle Arbeitervereine eingeladen, welche das Nürnberger Programm angenommen haben. Jedenfalls werden diejenigen, denen die Sendung von Deputirten möglich ist, solche schicken. — Auf das Verbandsorgan abonniren wir dieses Quartal in 10 Exemplaren.

**Oberndorf** (Württemberg) 30. Dec. Hier hat sich vor einiger Zeit ein Arbeiter-Bildungsverein constituirt, der schon eine verhältnißmäßig große Zahl Mitglieder hat, namentlich sind die Arbeiter der königl. Gewehrfabrik stark darin vertreten. Wir bitten um ein Exemplar der Broschüre: „Die Internationale Arbeiter-Assoziation, ihre Organisation, Wirksamkeit und Verbreitung“ zu senden, um unsere Mitglieder über Zweck und Streben der Internationalen Arbeiter-Assoziation aufzuklären. Der Anschluß des hiesigen Vereins an den württembergischen Gauverband und den Verband deutscher Arbeitervereine wird sicher erfolgen.

**Nürnberg**, den 5. Januar: Der Arbeiter-Bildungs-Verein Nürnberg genießt seit dem Vereinstag die Ehre in ganz außerordentlicher Weise ein Gegenstand der Aufmerksamkeit für die hochblühende Polizei geworden zu sein. So wurde er kurz nach dem Vereinstag, anlässlich seines von ihm erlassenen Aufrufs an Nürnbergs Arbeiter zum Beitritt, als politischer erklärt. Zwar wäre gegen diese Maßregel Nichts einzuwenden; der Verein hat durch seine Zustimmung zum Programm am Vereinstag auch mit erklärt, daß die sociale Frage untrennbar mit der politischen, er wehrte sich deshalb auch nicht gegen die, auf Antrag der mittelfränkischen Regierung vom Nürnberger Polizeisenat erfolgte Politischspruchung. Ein anderes aber ist es mit den Häkeleien u. s. w., denen der Verein von Polizeiwegen seit der Zeit ausgesetzt ist. Um so auffällender ist dies, da die Polizei früher (d. h. seit etwa 3—4 Jahren) gegenüber andern politischen Vereinen unser ganz reaktionäres Vereinsgesetz nicht so streng handhabte, als dies mit dem Arbeiter-Bildungs-Verein geschieht. Zwar hat sich seit der Zeit die Spitze unseres Polizeisenats verändert, damals war ein konservativer Bürgermeister da und jetzt ein — nationalliberaler! Sollte der die Ursache der Schritte gegen den Verein sein? So mußte der Verein vor Kurzem seine Statuten ändern, um darin in einem Paragraphen zu erklären, daß er auch politische Zwecke verfolge! So wurde kürzlich vor einer Generalversammlung, die vorschrittsmäßig von dem Vorstand angezeigt war, der Besitzer des Vereinslokals zur Polizei gerufen, um zu erklären, ob er Nichts gegen die Abhaltung der Versammlung in seinem Lokal einzuwenden habe!

Eine andere Angelegenheit gab der Polizeibehörde ganz neuerdings Veranlassung, dem Arbeiter-Bildungs-Verein die

große Unterstützung, die man seinem Streben gewährt, zu beweisen. — Seit seinem Bestehen hat der Verein folgenden Paragraphen in seinen Statuten: „Es werden in den Verein auch junge Leute, welche nicht mehr schulpflichtig sind, als Zöglinge aufgenommen; dieselben sind bloß berechtigt, die Unterrihts- und Lehrkurse mitzumachen und haben keinen Antheil bei Vergnügungen und Berathungen. Bei der Anmeldung haben sich dieselben über die Zustimmung ihrer Eltern oder Vormünder auszuweisen. Von Aufnahmegebühren sind dieselben befreit, zahlen aber einen Monatsbeitrag von 9 kr. Unbemittelte sind ganz frei.“ Der Verein hatte auch die Freude, daß, um den gebotenen Unterricht mitzumachen, er fortwährend ein kleines Zöglingensinstitut von etwa 30 Handwerkslehrlingen hatte, welche sich mit vielem Eifer an den Lehrfächern betheiligten. Nun ist im Vereinsgesetz dieser Fall nicht vorgesehen, auch nicht verboten. Es ist darin nicht verboten, daß ein politischer Verein, der auch wissenschaftlich seine Mitglieder fortzubilden sucht und dessen Unterrichtsstunden in keiner Weise mit der übrigen Vereinsthätigkeit in Verbindung stehen, minorene Leute — Zöglinge — zu diesen Stunden zuziehen könne. — Um nun dem Vereine diese jungen Leute, die darin zu höchst staatsgefährlichen Mitgliedern der Gesellschaft herangezogen werden könnten, aus dem Rachen zu reißen, hat die hiesige Polizeibehörde eine Verordnung über Schulwesen (!) hervorgebracht, die bestimmt, daß die Errichtung einer Schule von einer Regierungsgenehmigung abhängt. Dem Vorstand des Vereins wurde am 4. dieses Monats eröffnet, daß dessen Zöglingensinstitut bis zur Erlangung derselben aufgehoben sei. — Ich überlasse es Ihnen, über diese Geschichten sich Ihre Gedanken zu machen, versichern kann ich Ihnen jedoch, daß diese Quälereien unsern Arbeiterverein bloß in seiner Haltung bestärken können: einschüchtern werden sie ihn niemals. — Gegen den letzten Polizeisenatsbeschluss wird übrigens Beschwerde ergriffen werden.

**Magdeburg**, den 5. Jan. Die letzte Versammlung des „sozialen Reformvereins“ beschäftigte sich, nachdem die Rechnungsablage für Monat Dezember gemacht und der Vorsitzende zum Anfange des Jahres zum Weiterstreben für die Verwirklichung des Prinzips einige beherzigenswerthe Worte gesprochen hatte, hauptsächlich mit den Arbeitseinstellungen in Basel. Herr Bremer hielt nach einem Bericht der Internationalen Arbeiter-Assoziation (Sektionsgruppe deutscher Sprache, „Vorbote“ 12. 1868.) einen Vortrag, welcher recht interessante Momente bezeichnete und beifällig aufgenommen wurde. — Einstimmig wurde dann auch der Antrag des Vorstandes angenommen, welcher den Arbeitern (oder wie es in dem Antrage ausgedrückt ist: Brüdern) in Basel 10 Uhr. als Unterstützung überweisen will. — Im Monat Februar soll ein „allgemeines Fest“ für die Mitglieder des „sozialen Reformvereins“ sowie der verschiedenen Gewerkschaften in und außerhalb Magdeburgs veranstaltet werden und ist das Weitere hierzu vorläufig dem Vorstande übertragen worden.

Die Ergänzungswahl des Vorstandes ergab, daß Herr Wellner einstimmig zum I. Schriftführer und Herr Sievers zum Beisitzer gewählt wurden. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten zur Erledigung gekommen, schloß der Vorsitzende die Versammlung 10 $\frac{1}{2}$  Uhr.

**Berlin**, den 5. Jan. Die fidele Feststimmung, wie sie in Berlin immer zu Tage tritt, mochte Herrn Dr. May Hirsch geeignet erscheinen, mit seinen Gewerksvereinen einen Coup (Streich) auszuführen. Einen Delegirten-Congress deutscher Maschinenbauarbeiter schrieb er aus, und siehe! es versammelten sich Vertreter aus Ost und West, aus Süd und Nord? O nein! 7 Orte hatten Vertreter geschickt,

\*) Bundern würde uns das nicht; wir haben schon oft bemerkt, wie der Nationalliberalismus gegen nach links stehende politische Bewegungen weit rücksichtsloser und reaktionärer verfährt wie der Conservatismus. In der Phrase ist er „liberal“, in der That reaktionär.

die einen mehrere, die meisten nur einen. Im Ganzen war es ein „Congreß“ von 11 Personen. Diese gewaltige Schaar tagte 2 volle Tage lang und stiftete nach recht langweiligen Debatten (es fehlte sogar an den gewöhnlichen fortschrittlichen Radomontaden) den „Gewerkverein deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter.“ Das sogenannte „Musterstatut“ wurde angenommen, nur daß noch einige Verschlechterungen beschlossen wurden, wie z. B. durch Streichen der Wanderunterstützung. Eine lange Debatte rief die Frage hervor, wie viel Diäten die Herren Delegirten bekommen sollten. Es kam auf ein Mal eine große Lebhaftigkeit in die Diskussion; schließlich nahm man den soliden Satz von 2½ Thlr. (per Tag) an, also einen halben Thlr. weniger, als unsre lieben Abgeordneten erhalten. Die Versammlungen fanden statt in dem sogenannten Voigtlande, also mitten im Schoße der Maschinenbauer. Trotzdem aber vermochten sie das öffentliche Interesse nur so weit zu erwecken, daß ich im Ganzen einmal 20 Anwesende zählen konnte, einschließlic der Polizei, einiger Zeitungsreferenten und der drallen Kellnerin. In einem großen Saale begannen die Verhandlungen; man hatte nicht geheizt, um bei der erwarteten Ueberfülle nicht so sehr zu schwitzen; man sah sich jedoch bald gezwungen, auszuwandern und in einem kleinen bescheidenen Stübchen Platz zu nehmen. Dort saß der „Congreß“, berieth, beschloß und trank Grog, um das Zähneklappen einigermaßen zu vermindern. Die mangelhafte Beteiligung befremdete mich nicht mehr. Oft genug schon hatte ich aus dem Munde von Mitgliedern des Gewerkvereins Worte gehört, welche dem fortschrittlichen Ohre des Musterstatutlers Hirsch baß mißfallen haben möchten. „Und doch haben Sie das Statut unterschrieben?“ fragte ich einen dieser Mißvergünstigen. „Ach, was thut man nicht Alles in seiner Dummheit!“ erhielt ich zur Antwort. Dieser Delegirten-Congreß mit seiner Stiftung des Verbandes deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter erinnerte mich lebhaft an das alte Wort des Pyrrhus: „Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren.“

Zu derselben Zeit, wo sich diese Posse abwickelte, vollzog sich noch eine andere: das Stiftungsfest des alten Berliner Arbeitervereins. „Bewährte Volksmänner“, wie Dunder und Schulze, waren natürlich in Masse erschienen und sprachen die üblichen schönen Reden. Auch mit einer Deputation einer studentischen Verbindung hatte sich der Verein aufgeputzt. Er brauchte nämlich zur Dekorirung des Saales eine schwarz-roth-goldne Fahne und — pumpte sich eine solche von den Herren Studiosen, welche dafür mit der zweifelhaften Ehre einer Einladung bedacht wurden. Das schwarz-roth-goldne Banner, das Symbol deutscher Freiheit und Einheit, muß der Berliner Arbeiterverein sich pumphen, — ein ominöses Zeichen! Auch Johann Jacoby war mit einer Einladung beglückt worden, selbstverständlich warf er sie in den Papierkorb. Dagegen wird er nächstens, wie er ziemlich sicher zugesagt hat, im „Demokratischen Arbeiterverein“ einige Worte sprechen. Mit Spannung sieht man hier einer neuen öffentlichen Meinungsäußerung Jacoby's entgegen. Er hat lange, beinahe zu lange geschwiegen.

**Dresden**, den 1. Januar. Sonnabend den 9. d. M. wird im größten Saale der Altstadt, in der „Centralhalle“, eine allgemeine Arbeiterversammlung abgehalten, in welcher Herr Bebel über die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften sprechen soll. Die Einladung zur Versammlung geht von Vertretern der verschiedensten Gewerbe aus und wird ohne Zweifel sehr zahlreich besucht sein. Auch wird es jedenfalls sehr lebendig werden, da wir die Anwesenheit eines

Abgesandten des Herrn von Schweizer aus Berlin erwarten der Opposition machen soll. — In nächster Zeit wird von hier aus eine Agitation in der Lausitz ins Werk gesetzt werden; in Zittau, Radeberg, Bischoffswerda und andern Orten haben wir bereits Verbindungen angeknüpft.

**Wilkau** bei Zwickau, den 30. Dezbr. In Riedershausen und Wilkau hat sich ein Consumverein gebildet und hat zugleich beschlossen, sich dem Verband der deutschen Arbeitervereine anzuschließen. Am Neujahrstag soll die erste Generalversammlung abgehalten werden.

**Leipzig**, den 5. Januar. Gestern hielten die hiesigen Buchbindergehülften in Zahn's Restauration eine Besprechung über Gründung einer allgemeinen deutschen Gewerkschaft der Buchbinder ab. Nach längerer Diskussion, bei welcher sich vor Allem ausprägte, daß man durchaus nicht gewillt ist, dem Gewerksverband des Hrn. v. Schweizer beizutreten, beschloß man, einen Verband der deutschen Buchbinder anzustreben und beauftragte ein Comité, in welches unter anderen die Herren Schwanebeck, Laute und Berner gewählt wurden, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Die Aufgabe des zu gründenden Verbands soll sich zunächst auf Gründung einer Reiseunterstützungskasse, an der es vor Allem mangelt, erstrecken, doch verhehlte man sich nicht, daß der einzuberufende Congreß auch anderweite soziale Fragen in den Kreis seiner Beratungen ziehen müßte.

Einige anwesende Collegen theilten hierauf mit, daß sie sich bereits am Abend vorher zu einem Comité constituirt hatten, dessen Aufgabe die Gründung einer Altersversorgungszweckentkasse, jedoch nur für die Leipziger Berufsgenossen ist.

**Leipzig**, den 6. Januar. Die Zustände hier werden immer gemüthlicher. Hatten wir in der letzten Nummer d. Bl. angezeigt, daß die hiesige Polizei den Metallarbeitern die Bildung einer Arbeiterschaft im Anschluß an die in Berlin gegründete allg. deutsche Metall-Arbeiterschaft verboten habe, so können wir heute weiter berichten, daß den Malern und Lackirern dies gleichfalls verboten worden ist. Auch soll die auf Grund der Hirsch-Dunder'schen Statuten gegründete Gewerkschaft der Maurer, die hier ihren Sitz hatte, ebenfalls aufgelöst worden sein. Eine allem Anschein nach offizielle Entgegnung der Leipziger Polizei im hiesigen „Tageblatt“ auf den von uns in voriger Nummer über die Metallarbeiterschaft gebrachten Artikel stellt auch für den allgemeinen deutschen Buchdruckerverband, allgem. deutschen Sigarrenarbeiter und allgemeinen deutschen Schneider-Verein eine Maßregelung in Aussicht. Das wird wohl der Anfang zu einer allgemeinen Razzia gegen alle Arbeiterverbindungen, zunächst in Sachsen, sein. In Arbeiterkreisen hat man die Einberufung einer allgemeinen Volksversammlung, in der diese Maßregelungen besprochen werden sollen, ins Auge gefaßt. — An die feierlichen Färber in Basel ist vom hiesigen Arbeiter-Bildungs-Verein der Ertrag einer Sammlung in Höhe von 10 Thlr. einzusenden beschlossen worden.

## Anzeige.

Wenn Jemand in der Lage ist, uns die genaue Adresse des Schriftstellers Herrn Bernhard Becker aus Frankfurt a. M., jetzt in Wien, anzugeben, den bitten wir, dies in Kürze thun zu wollen.

Leipzig, den 3. Januar 1869.

Der Vorstand der gewerblichen Schutzgemeinschaft.  
A. Bebel, Vorsitzender.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.  
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: G. W. Volkraht.  
Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

## Die indirekten Steuern und der Aftersozialismus.

I.

C. H. Seit mehr als 100 Jahren ist das System der indirekten Besteuerung, d. h. der Deckung der Staatsbedürfnisse durch Auflagen auf Existenz- und Lebensmittel, von der Wissenschaft verurtheilt. Alle Philosophen, Staatsmänner, Ökonomen und Juristen sind darüber nur einer Stimme, daß jenes System der Humanität, der Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Zweckmäßigkeit und der Vernunft widerspricht, daß es, auf die Armuth die Staatslasten abwälzend und den Reichtum fast von denselben befreiend, barbarisch und grausam ist. Aber wenn die Theorie die indirekte Besteuerung verwarf und eine direkte, d. h. dem Einkommen entsprechende Besteuerung forderte, so schien dagegen die Praxis mit immer nur um so größerer Vorliebe sich der ersteren zuzuwenden. Vergleichen wir z. B. den preussischen Staatshaushalt von 1850 mit dem von 1869, so finden wir im ersteren Jahre eine Gesamteinnahme von  $91\frac{1}{2}$  Millionen Thaler, worunter nur  $17\frac{3}{4}$  Millionen Thaler an direkten Steuern\*, im Jahre 1869 dagegen eine Gesamteinnahme von über  $167\frac{1}{2}$  Millionen Thaler, worunter nur ca. 31 Millionen direkte Steuern\*\*. Es ist hieraus klar ersichtlich, daß bei der kolossalen Zunahme der Staatsausgaben und -Einnahmen seit 1849 das Verhältniß der direkten Steuern zu den übrigen „Quellen“ sich nicht wesentlich geändert, in keinem Fall aber zugenommen, sondern eher etwas abgenommen hat; während die direkten Steuern damals etwa 19 Prozent der Gesamteinnahme des Staats betragen, stellen sie jetzt etwa 18½ Prozent derselben dar. Erwägt man zudem, daß neuerdings erst durch die Tarifherabsetzungen die indirekten Steuern vorübergehend reduziert worden sind, und daß im Hintergrund die Erhöhung der Tabaksteuer, die Petroleumsteuer und Einiges andere lauert, so gelangt man zu dem sichern Resultat, daß die direkten Steuern an und für sich zwar sehr in die Höhe geschraubt worden, aber doch nicht im Verhältniß zu den übrigen Staatseinnahmen gewachsen sind, und nota bene: fast alle übrigen Staatseinnahmen sind nur verschiedene Arten von indirekten Steuern, gleichviel ob sie wie Zölle, Mals-, Schlacht-, Salz-, Branntwein-, Zucker- oder Tabaksteuer, unsere Nahrungs- und Kleidungsbedürfnisse oder ob sie, wie die Gebäudesteuer, unsere Wohnungsbedürfnisse besteuern, gleichviel ob sie, wie die Erträgnisse der Eisenbahnen, Posten und Telegraphen, aus unserem Bedürfnisse mit einander zu verkehren, oder, wie Stempel und Gerichts- kosten, aus unserem Bedürfniß nach Recht und Sicherheit gezogen werden. Nur die Einnahmen aus dem Staats-Eigen-

thum, den Domänen und Forsten, fallen noch unter einen anderen Gesichtspunkt, als den der indirekten Steuern. Wir sehen also, daß das System der indirekten Steuern, trotz seiner theoretisch unbestreitbaren und in der That unbestrittenen Verwerflichkeit, dennoch nicht einmal die Miene angenommen hat, einem anderen Systeme, dem der proportionirten Besteuerung, Platz zu machen; wir sehen im Gegentheil, daß es sich immer konsequenter und stärker entwickelt. So ist es im Preussen-Deutschland, so ist es auch in Sachsen; in noch grellerer Form finden wir die gleiche Erscheinung in England, Frankreich, Italien.

Vor hundert Jahren war die indirekte Steuer mindestens ebenso unbedingt und allgemein verurtheilt, als die Hexenprozesse und weit unpopulärer als die damals noch sehr praktizirte Todesstrafe. Heute verbrennt man nirgends mehr Hexen, und köpfen läßt man, im Vergleich mit früher, höchst selten. Während früher die Hinrichtungen eine gewöhnliche Unterhaltung für jeden Gerichtsort waren, finden solche jetzt nur noch vereinzelt, in Rom, in Berlin, in Warschau, in Paris — und auch da in immer größer werdenden Zwischenräumen — statt. Wie kommt es nun, daß nicht, wie die Hexenprozesse und die Hinrichtungen, auch das System der indirekten Steuern seinen theoretischen Untergang mit seinem wirklichen praktischen besiegelt? Wie kommt es, daß nicht bloß in „zu liberalen“, sondern auch in einfach liberalen Staaten sich doch keine Staatsmänner finden, die die Forderung der Wissenschaft und der Gerechtigkeit nach Abschaffung der indirekten Steuer, verwirklichen wollen und können? Ja, daß umgekehrt das Uebel statt abzunehmen zu nimmt?

## Die Schneiderei in London oder der Kampf des großen und des kleinen Kapitals.

Von J. G. Eccarius.

Der Dampf und die Maschine, diese Würgengel aller Stabilität und ihr Gefolge, das große Kapital, fangen an ihren vernichtenden Einfluß selbst auf diejenigen Geschäfte auszuüben, in denen es bis jetzt noch nicht gelungen ist, die Maschine mit Erfolg anzuwenden. Der Einfluß der großen Industrie wirkt aber keineswegs vernichtend auf die Geschäfte überhaupt; er wirkt so nur, wenn die Geschäfte, deren sie sich bemächtigt, einen mittelalterlich-spießbürgerlich patriarchalischen Charakter haben.

Die große Industrie hatte bei ihrem ersten Auftreten nicht Kapital genug zur Verfügung, um sich sogleich aller kleinsten Gewerbezweige zu bemächtigen. Das vorhandene Kapital war kaum hinreichend, diejenigen Produkte, welche den größten Absatz auf dem Weltmarkt fanden und die zur Verarbeitung derselben nöthigen Maschinen anzuschaffen. Gewerbe, deren Produkte zunächst nur im Kleinen auf benachbarten Märkten verkauft werden konnten, und solche, deren Produktion von den direkten Bestellungen der Konsumenten abhing, mußten daher nothwendigerweise ihren mittelalterlichen Zunftcharakter mehr oder weniger beibehalten; sie blieben in den Händen der Kleinbürger.

So lange alles vorhandene große Kapital mit Vortheil in der großen Industrie angelegt werden konnte, fiel es den großen Kapitalisten nicht ein, sich auf kleinhändlerische Spekulationen einzulassen. Es trat sogar ein Moment ein, wo die

\*) Es ist selbstverständlich, daß wir die Gewerbesteuer, die „offiziell“ als direkte Steuer figurirt, nicht als solche gelten lassen können, denn das Gewerbe wird versteuert, gleichviel ob es viel, wenig oder gar keinen Reinertrag bringt, und der Steuerbetrag bildet einfach einen Theil der nothwendigen Kosten und des Wertes der gewöhnlichen Produkte, wird also vom Konsumenten bezahlt.

\*\*) Dasselbe gilt im allgemeinen auch von der Gebäudesteuer und von der Eisenbahnabgabe, keineswegs aber, wie Ferdinand Lassalle im Arbeiterprogramm S. 31 meint, auch von der Grundsteuer. Im „Bastiat-Schulze“ hat Lassalle selbst nachgewiesen, daß die Getreidepreise nicht von den Kosten der inländischen Produktion abhängen, also auch nicht den Betrag der Grundsteuer dem Steuerzahler ersetzen. Die Grundsteuer ist deshalb in der That eine direkte Steuer aus dem Einkommen von Grundbesitz. Ob sie eine gerecht vertheilte, ist freilich eine ganz andere Frage.

große Industrie verschiedenen kleinbürgerlichen Gewerben einen früher nie gekannten Aufschwung gab, der jedoch nur dazu beitrug, dieselben später desto sicherer zu ruiniren. Die Nachfrage auf dem Weltmarkt konnte für die Länge der Zeit nicht gleichen Schritt halten mit der Vermehrung der Produktivkräfte; obgleich sich die Nachfrage sehr schnell vermehrte, so vermehrte sich durch den enormen Gewinn, den die Kapitalisten machten, das Produktivkapital und dadurch die Produktionsinstrumente doch noch schneller. Die unvermeidliche Folge war heftige Konkurrenz unter den Kapitalisten, Herabsetzung der Preise, Verminderung des Profits und Zurückziehung von Kapital. Jetzt erst fingen die großen Kapitalisten an, sich um kleinbürgerliche Gewerbe zu kümmern. Die Schneiderei, eins der gewinnreichsten, zog bald die Aufmerksamkeit auf sich, und wir werden in der Folge sehen, inwiefern hier die Unternehmungen des Großkapitals mit Erfolg gekrönt worden sind.

Im Mittelalter nahm der Schneider, trotz seines Degens an der Seite eine sehr prekäre Stellung in der Gesellschaft ein. Wie heute auf dem Lande, so war es damals allgemein, daß die Leute ihre Kleiderstoffe selbst kauften. Der Schneider gab nur die Form, er arbeitete daher nicht mit seinem eigenen Produktionsinstrument, sein Rohmaterial war fremdes Eigenthum, sein Einkommen beschränkte sich deshalb auf einen Arbeitslohn, der so eben hinreichte, ihn mit seiner Familie und seinen Gesellen, wenn er deren hatte, zu ernähren. Wollte er außer diesem noch etwas gewinnen, so mußte er sich von seinen Kunden als Diener, von den Tuchkrämern als Helfershelfer gebrauchen lassen. Wer sich irgend ein Kleidungsstück anschaffen wollte, konnte den Schneider kommandiren, mit zum Tuchkrämer zu gehen, um die Aechtheit der zu kaufenden Waaren zu prüfen und, wenn der Handel abgeschlossen war, dieselben in Empfang zu nehmen und nach Hause zu tragen. Der Schneider ließ sich bei solchen Gelegenheiten zwar seinen Zeitverlust bezahlen, aber sein direkter Gewinn bestand in den Prozenten, welche ihm der Krämer zukommen ließ, die sich immer nach der Größe des Betrugs richteten, welcher an den Kunden des ehrlichen Schneidermeisters begangen wurde. So etwas wurde jedoch dem Schneider nicht immer geboten. Da die besten Kunden ihre Stoffe häufig auf Rechnung oder Kredit nahmen, so wurde der Handel in den meisten Fällen ohne den Schneider abgemacht. Der Tuchkrämer war immer die Hauptperson, und wenn der Schneider nicht verstand, mit demselben in gutem Einverständnis zu leben, so lief er jeden Augenblick Gefahr, seine Kundschaft zu verlieren. Erst in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts fing man allmählig an, den Schneider mit dem Einkauf der Stoffe zu beauftragen. Die elegante Welt fand dieses so bequem, daß es bald als ein Akt der Kargheit angesehen wurde, wenn ein Gentleman selbst zum Tuchkrämer ging. Von nun an hatten die Schneider den Knopf auf dem Beutel und die Tuchkrämer waren ihrerseits gezwungen, die Gunst der Schneider nachzusuchen und ihnen Kredit zu geben. Dieser Wechsel hatte eine große Veränderung in den Einkäufen der Schneider zur Folge. Das Rohmaterial, welches sie verarbeiteten, hörte auf fremdes Eigenthum zu sein; sie brauchten sich nicht länger mit bloßem Arbeitslohn zu begnügen, sie fingen an Profit zu machen, und der Schneidermeister, der bisher nur Schnitt und Form gegeben hatte, verwandelte sich plötzlich in einen Mann, der den ganzen Rock zu verkaufen hatte. In der ersten Zeit waren es nur die Leibschneider der Aristokratie, welche sich diese neue Quelle des Gewinns eröffneten; dieses rief Streitigkeiten unter den Meistern hervor, die so weit gingen, daß die Regierung 1768 genöthigt war, einzuschreiten. Die von der Aristokratie begünstigten Meister waren vermittelt ihres Profits im Stande, ihren Ar-

beitern besseren Lohn zu geben als die Uebrigen. Die minder begünstigten, d. h. die Schneider der Bürgerklasse, liefen Gefahr, ihre besten Arbeiter zu verlieren, indem ihre Einkünfte nicht erlaubten, höheren Lohn zu geben. Die Regierung erließ deshalb ein Gesetz, nach welchem den Meistern in London und dessen fünf Meilen weitem Umkreis verboten war, mehr als 2 Schillinge und 6 Pence (= 25 Sgr.) per Tag zu geben; den Gesellen wurde verboten mehr zu nehmen.

Durch die Verwandlung der Schneider in halbe Kaufleute wurde die Grundlage zu der später fast weltberühmten Prosperität\*) derselben gelegt. Außer dieser Verwandlung trugen noch gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts zwei der wichtigsten Ereignisse dazu bei, die Prosperität auf den höchsten Gipfel zu treiben. Das eine war die Erfindung und Einführung der Wollspinnmaschine, das andere war die französische Revolution.

Die Einführung der Spinnmaschine in die Wollmanufaktur mußte unbedingt günstige Resultate für die Schneiderei erzeugen. Einerseits verminderte sie schon durch die Ersparung von Handarbeit die Produktionskosten und dadurch den Preis der Waaren selbst. Andererseits wirkte sie selbst produktiv, indem das Maschinengespinnst viel feiner war als das Handgespinnst, mithin eine größere Quantität Waaren aus derselben Quantität Wolle lieferte, wodurch eine weitere Herabsetzung der Preise möglich wurde.

Da nun die Wollenwaaren das Hauptrohmaterial des Schneiders ausmachten, mußte der Werth seines Produktivkapitals in demselben Maße steigen, als die Preise seines Rohmaterials fielen. Denn wenn er früher für eine gewisse Summe Geldes nur 10 Yards\*\*) Tuch bekommen hatte, und er bekam jetzt 15 oder 20 Yards für dieselbe Summe, so konnte er mit demselben Kapital beinahe doppelt so viel Geschäfte machen wie früher. Dabei berechnete er seinen Profit nicht nach dem ausgelegten Kapital, sondern nach der Anzahl der Röcke, Hosen u. s. w. Ein anderes Resultat, welches der Mehrertrag der Maschine zur Folge hatte, war größere Verschiedenheit der Kleiderstoffe, größere Auswahl der Farben u. s. w., wodurch der Wechsel sehr beschleunigt und die elegante Welt zu größerer Verschwendung verleitet wurde.

(Fortsetzung folgt.)

## Vermischtes.

### Geschichte Espione,

geriebene Spizel, ganz infame Hörter, Postenträger, Menschen mit ehrlichen Gesichtern und Falschheit im Herzen, käufliche Seelen, Lumpenkerle und anderes Gefindel finden in der mit 400,000 Thaler zu begründenden „Fabrik zur Bekämpfung welfischer Agitationen“ fortwährend Nahrung und Brod. Nur solche, welche mindestens Ein früher begangenes Bubenstück nachweisen können, wollen sich melden unter der Adresse: † † † Der Zweck heiligt das Mittel. † † †

(„Seifenblasen.“)

(Indem wir auf die nebenstehende Anzeige verweisen, empfehlen wir unseren Parteigenossen aufs Angelegentlichste die „Seifenblasen“, als das einzige deutsche „Witzblatt“, welches systematisch der von Berlin aus betriebenen Corruption der öffentlichen Meinung entgegenwirkt, und für ein freies und unabhängiges Deutschland kämpft. D. Red. d. „Dem. Wochenblatts.“)

\*) Wohlhabenheit, Reichthum, Blüthe.

\*\*) Yard = 3 Fuß oder 1 1/2 Ellen.



Auf das den 3. Januar begonnen habende 1. Quartal  
5. Jahrgangs des illustrierten humoristisch-satyrischen Son-  
tagsblattes

### „Seifenblasen“

(Anti-Kladderadatsch)

nehmen außer der unterzeichneten alle Postanstalten und  
Buchhandlungen des In- und Auslandes Bestellungen an.

Gärtner'sche Buchdruckerei  
und Verlagshandlung.

Dresden, große Brüdergasse 11.

Der

## „Bürger- und Bauernfreund“

stellt sich auch für das neue Quartal vom 1. Januar 1869 ab die  
Aufgabe, die Bürger und Bauern, kurz Jedermann, dem grö-  
ßere freisinnige politische Zeitungen unzugänglich sind, zu be-  
lehren über das, was die Demokratie will, was sie zum Volks-  
wohle erreichen muß, welche Mittel und Wege das Volk ein-  
zuschlagen hat, um diese Ziele zu erreichen.

Seine Aufgabe kann er nur erfüllen, wenn gegenüber  
den Anstrengungen der Reaktion und Allem was drum und  
dran hängt, reaktionäre Schriften zu verbreiten, die Demo-  
kratie umfassendere Maßregeln ergreift, den  
„Bürger- und Bauernfreund“ im Volke, nament-  
lich unter den ländlichen Arbeitern zu verbreiten.

Der „Bürger- und Bauernfreund“ erscheint in Tilsit im  
Verlage von H. Post, redigirt unter Mitwirkung von  
J. Reitenbach durch W. Simpson in Plickten bei Gum-  
binnen, jeden Freitag  $\frac{1}{2}$  Bogen stark, oft mit Beilage, und  
kostet für das Vierteljahr per Post bezogen 4 Sgr. 6 Pfg.  
ohne Bestellgeld.

Inserate finden für 3 Sgr. die Zeile Verbreitung durch  
ganz Deutschland und darüber hinaus.

H. Post-Tilsit.  
Berleger.

W. Simpson-Plickten bei Gumbinnen.  
Redacteur.

# „Die Zukunft“.

Demokratische Zeitung.

Neubegründet von Dr. Johann Jacoby, redigirt von  
Dr. Guido Weiß.

erscheint vom 1. Januar 1869 ab als Abendblatt im bis-  
herigen Folioformate zu dem ermäßigten Preise von 1 Thlr.  
15 Sgr. oder 2 fl. 40 kr. vierteljährlich.

Das glückliche, in der Geschichte deutscher Zeitungen zum  
ersten Mal erreichte Ergebnis, daß der Fortbestand eines  
Blattes durch die unmittelbare und außerordentliche Beihülfe  
seiner Leser und Parteifreunde ermöglicht wird, legt uns die  
stärkste Verpflichtung auf, diesem vorausgewährten Vertrauen  
durch alle Sorgfalt und Mannigfaltigkeit der Arbeit zu ent-  
sprechen.

Sei uns die Bitte erlaubt, daß die Freunde der „Zukunft“  
nun auch das so gut begonnene Werk ihrerseits fördern und  
für die Verbreitung in ihren Kreisen geneigtes Fürwort ein-  
legen mögen! — Mit der Befestigung des Blattes in seinem  
Bestand wird reichere Ausstattung des Inhalts und Ermässi-  
gung des Preises künftighin gleichen Schritt halten.

Indem wir somit zu recht reger Abonnements-Betheili-  
gung einladen, bemerken wir noch, daß die erste Nummer des  
neuen Jahres in einer Auflage von 25,000 Exemplaren ge-  
druckt und sowohl hier am Orte als auch über ganz Deutsch-  
land und die Schweiz zc. gratis verbreitet werden wird.

Berlin, im Dezember 1868.

Die Expedition der „Zukunft“.

Kommandantenstraße 20.

Einladung zum Abonnement  
auf den

## Dresdner Kurier.

Motto: „Durch Wahrheit zur Wohlfahrt“.

Der „Dresdner Kurier“ ist das einzige mit politischen  
Original-Nachrichten versehene Morgenblatt Dresdens. Derselbe  
hält seine Leser über alle politischen Ereignisse in wichtigen  
Fällen durch direkte Depeschen, sowie durch Correspon-  
denzen aus den größeren Städten Deutschlands, sowie aus  
den größten Plätzen des Auslandes unterrichtet. Desgleichen  
widmet er allen städtischen Angelegenheiten und Ereignissen  
eine größere Aufmerksamkeit, als dies in den sonstigen politi-  
schen Blättern Dresdens der Fall ist. Durch regelmäßige Re-  
ferate aus den Gebieten der Volkswirtschaft, Land-  
wirthschaft, Naturkunde, Industrie und Technik,  
Gesundheitspflege und Rechtsverhältnisse sucht der  
„Dresdner Kurier“ seinen Lesern mancherlei Fachzeitungen zu  
ersetzen, — ist also nicht ein einseitig politisches Blatt, sondern  
eine vollständige Tageschronik für das gesammte staats- und  
sozial-politische, geistige und gesellschaftliche Leben der Gegen-  
wart. In allen jenen Gebieten sucht der „Dresdner Kurier“  
naturgemäßen Reformen Bahn zu brechen. — Religiöse Auf-  
klärung, Verbesserung der modernen Rechtsverhältnisse und  
Einführung eines internationalen Schiedsgerichts, um die Bei-  
behaltung der stehenden Heere und die Schlichtung von diplo-  
matischen Streitigkeiten durch Waffengewalt, im Verein mit der  
gesamten freihetlichen Presse, überflüssig zu machen, — das  
sind die näheren und weiteren Ziele, denen unser Blatt un-  
ermüdetlich zustrebt.

Die Erzählungen und den sonstigen belletristischen Inhalt

unseres Blattes werden wir von Neujahr ab in einer besondern, je Montags Vormittags auszugebenden belletristischen Wochenbeilage unter dem Titel „Der Brennspiegel“ erscheinen lassen. Darin wird zunächst der Novellencyclus „Dresdner Geheimnisse“ veröffentlicht.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt nur 20 Ngr., auswärts mit dem üblichen Postaufschlage. — Inserate werden mit 1 Ngr. pro Spaltzeile berechnet.

### Die Expedition.

Bestellungen auf die in Köln erscheinende

## Rheinische Zeitung,

Organ der Demokratie in Rheinland und Westfalen,

wolle man möglichst frühzeitig bei der nächsten Postanstalt machen, damit in dem regelmäßigen Empfange der Zeitung keine Unterbrechung eintrete.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt bei allen Postanstalten einschließlich Porto und Zeitungsteuer 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Thlr. = 3 fl. 4 kr. Anzeigen 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. für die Petitzeile.

## Frankfurter Zeitung

(Auflage 8500.) und Handelsblatt. (Auflage 8500.)

Der Abonnementspreis im Norddeutschen Bunde außerhalb Preußens beträgt 1 Thlr. 27<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. per Quartal.

Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen.

Frankfurt a. M., im Dezember 1868.

Die Abonnenten erhalten als Gratis-Beilage den Börsenkalender pro 1869.

### Die Expedition der Frankfurter Zeitung.

#### Einladung zum Abonnement

auf die in Darmstadt erscheinende

## Hessische Landes-Zeitung.

Organ der demokratischen Partei.

Indem wir uns erlauben zum Abonnement auf unser Blatt für das 1. Quartal 1869 einzuladen, machen wir darauf aufmerksam, daß wir uns seit dem 1. Juli d. J. rückhaltlos als Organ der demokratischen Partei erklärt haben, und daß na-

mentlich die demokratische Partei in Hessen solidarisch mit uns verknüpft ist. Damit ist unser Standpunkt von selbst gegeben. Wir kämpfen seit dieser Zeit energisch für die unveräußerlichen Rechte des deutschen Volkes, mitzuwirken zur Bestimmung seines Schicksals und seiner Zukunft. Nicht was irgend dynastischer Ehrgeiz zu eigenem Nutzen und Frommen zu erstreben sucht, sondern das, was aus dem Volke in seiner Gesamtheit heraus zur Lösung der Einheits- und Freiheitsfrage geschaffen werden kann, zu unterstützen ist unsere Aufgabe. Was speciell unser engeres Vaterland, Hessen, betrifft, so kämpfen wir für Erhaltung seiner Selbstständigkeit, weil wir nur in der Gleichberechtigung der Stämme den Weg zu einer Lösung der deutschen Frage finden können. Dem freigewählten Parlamente werden sich diese Stämme alle beugen, die Gewalt wird nur den Bürgerkrieg zur nothwendigen Folge haben. In den innern Angelegenheiten waren wir von jeher entschieden freisinnig und werden es bleiben. So wird, in demokratischem Sinne für die Wiedervereinigung des Gesamtvaterlandes wirkend, unser Blatt fortfahren, dem Leser, wie seither, ein genaues Bild der Tagesereignisse zu verschaffen, und laden wir Freunde und Gesinnungsgenossen zu thätiger Mitarbeiterschaft ein.

### Der Abonnementspreis

incl. Provision und Bestellgeld beträgt für das Vierteljahr nur 1 fl. 27 kr. = 25 Ngr.

Darmstadt, im Dezember 1868.

Redaktion und Expedition.  
Promenade-Strasse 37.

## Das Zwickauer Tageblatt

eröffnet mit dem 1. Januar 1869 ein neues Vierteljahrs-Abonnement. Mit demselben beginnt das Blatt seinen achten Jahrgang. Wie es von Anfang an die Grundsätze der Demokratie nach Kräften vertreten hat, so wird es auch in Zukunft für dieselben einstehen, für die freiheitliche Einigung des gesammten Deutschlands mit Gleichberechtigung aller deutschen Stämme wirken und zugleich der sozialen Frage die gebührende Beachtung schenken.

Das Blatt erscheint wöchentlich sechsmal, Sonntags mit einer Beilage unter dem Namen „Sonntagsblatt“, worin naturwissenschaftliche Gegenstände in allgemein faßlicher Weise besprochen werden.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 15 Ngr. — Inserate haben bei der namhaften Verbreitung des Blattes gewünschten Erfolg.

Bestellungen auf das Blatt, welche man möglichst rechtzeitig machen wolle, nehmen alle in- und ausländischen Postexpeditionen an.

Zu recht zahlreicher Betheiligung ladet ergebenst ein  
Zwickau, im Dezember 1868.

Die Expedition des Zwickauer Tageblattes.  
C. A. Günther.

Unsere Filialexpeditionen ersuchen wir hiermit, uns baldigst Abrechnung einzusenden und dabei anzugeben, wie viel Exemplare sie im neuen Quartal brauchen.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.  
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: C. W. Vollrath.  
Expedition: Petersstraße 18.